

Sprachplanung hat ihre Tücken

Autor(en): **Baur, Arthur**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerdeutsch : Vierteljahresdruck des Vereins
Schweizerdeutsch**

Band (Jahr): - **(1989)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-961829>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Schweizerdeutsch

Vierteljahrsdruck des Bundes Schwyzertütsch 1989/IV

Sprachplanung hat ihre Tücken

Das Wort *Sprachplanung* ist erst ein Vierteljahrhundert alt, aber die Sache selbst hat Tradition. Schon die staatlichen Akademien Frankreichs und Spaniens dienten sprachplanerischen Zwecken, und den gleichen Aufgaben widmeten sich die privaten Sprachgesellschaften in Italien und Deutschland. Als Sprachplanung bezeichnet man jeden kontrollierenden Eingriff in die sonst ungestört ablaufende Entwicklung einer Sprache. Das kann zu sehr weit gehenden Eingriffen führen, in äussersten Fällen bis zur Schaffung neuer Sprachen. Solches ist gerade zur heutigen Zeit in der Dritten Welt an der Tagesordnung. Dort streben neu entstandene Staaten nach eigenen Nationalsprachen. Es gibt aber auch näher liegende Beispiele. So schuf vor sieben Jahren der Zürcher Professor Heinrich Schmid Richtlinien für das *Rumantsch Grischun*, eine Brückensprache, die seither eine erfreuliche Vitalität entwickelt hat. Ich will heute über einen Fall von Sprachplanung referieren, der linguistisch ein voller Erfolg war, politisch aber zu sehr schmerzlich empfundenen Konsequenzen geführt hat. Er betrifft Norwegen. Der Fall ist für uns interessant, weil bei uns leicht dasselbe hätte passieren können, da die Voraussetzungen vergleichbar sind. Als Norwegen 1814 nach 427 Jahren dänischer Herrschaft sei-

ne Unabhängigkeit zurückgewann, besass es keine Nationalsprache mehr, denn das Altnorwegische (Norröne) war (im Gegensatz zu Island) untergegangen. Auf dem Land sprachen die Norweger verschiedene Dialekte, die sich im Lauf der Jahrhunderte aus dem Altnorwegischen gebildet hatten, während in den Städten ein Dänisch mit sehr ausgeprägter lokaler Aussprache herrschte. Geschrieben wurde nur das Dänische.

Im Zeichen der nationalen Selbstbestätigung nach 1814 störte die Norweger das Fehlen einer Nationalsprache. Dem wollte der Sprachwissenschaftler *Ivar Aasen* durch eine entschlossene sprachplanerische Tat abhelfen. Er schuf 1853 auf Grund der westnorwegischen Dialekte eine neue, sozusagen künstliche Schriftsprache, die unter dem Namen *Landsmaal* (neuere Schreibung *Landsmål*) nicht wenige Anhänger gewann. 1885 gelang es diesen, der neuen Sprache durch Parlamentsbeschluss offiziellen Status zu verschaffen. Die Gemeinden erhielten die Kompetenz, zu entscheiden, in welchem Idiom die Schulkinder unterrichtet werden sollen.

Jene Leute, denen das *Landsmål* nicht passte, da sie selbst keinen Dialekt sprachen, suchten einen anderen Weg. Auch sie empfanden das reine Dänisch als ausländisch, umso mehr, als die Vertre-

ter des *Landsmål* dauernd auf dessen nationalen Charakter pochten. Den Ausweg aus diesem Dilemma zeigte unter anderen der Schulmann *Knut Knudsen*. Er schlug vor, die auf dem Dänischen basierende mit norwegischen Vokabeln und Wendungen durchsetzte Sprache der Städter zur Schriftsprache zu erheben. Dieser Schritt wurde mit der *Orthographiereform von 1907* vollzogen. Das norwegisierte Dänisch nannte man *Riksmål*. Das Schwergewicht der Reformen bestand in der Wiedereinführung der im Dänischen zu *b d g* erweichten altnordischen Konsonanten *p t k*, die in der norwegischen Aussprache erhalten geblieben waren: Aus *gribe* (greifen) wurde wieder *gripe*, aus *bryde* (brechen) *bryte*, aus *skrige* (schreien) *skrike*. Auch wurde die norwegische Pluralendung *-er* statt dänischem *-e* zugelassen.

Nun besass man also zwei Nationalsprachen, und damit begann ein hitzig geführter Konkurrenzkampf. Der *målstræv* (Sprachenstreit) wurde zum beherrschenden Thema der Kulturpolitik und kostete auch die Parlamentarier unzählige Stunden. Dabei unterscheiden sich die beiden Sprachformen viel weniger von einander als Schweizerdeutsch und Schriftdeutsch, doch waren nunmehr beide *Eigengewächs*. Man hatte sich vom Dänischen völlig abgekoppelt. Glücklicher

war aber niemand über die *Diglossie*, und es erhob sich die Frage, ob es nicht eine sprachplanerische Aufgabe sei, die beiden Sprachen zu verschmelzen. Die Idee wurde vom Erziehungsdepartement gefördert, und mit zwei Sprachreformen (1917 und 1938) glaubte man, die Hürden auf dem Weg zur Einheitssprache wegräumen zu können. Dabei musste das Riksmål, das man amtlich nunmehr *Bokmål* nannte, mehr Haare lassen als das Landsmål, das in *Nynorsk* umgetauft wurde. Dessen Diphthonge wurden ins *Bokmål* übernommen, man durfte oder sollte schreiben: *stein, hauk, øy* statt *sten, høk, ø* (Stein, Habicht, Insel), ebenso *kasta* (warf) statt *kastede*, und das feminine Genus wurde wieder eingeführt. Nun rebellierten aber die Städter: sie lehnten die Sprache ab,

die sie in den Schulbüchern ihrer Kinder fanden und schufen eine Kampforganisation dagegen. Damit erhielt der Sprachenstreit eine neue Facette. Ich zitiere aus dem Brief eines Norwegers: «Es stimmt, dass wir in Norwegen zwei offizielle Sprachen haben, das *Bokmål* und das *Nynorsk*, aber es gibt noch eine dritte, das *Riksmål*, das die überwiegende Mehrheit des Volkes spricht. Zum *Nynorsk* gehören vielleicht fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung, *Riksmål* aber ist die gewöhnliche norwegische Sprache.» Und jetzt kommt der entscheidende Satz: «*Bokmål* ist der Name des *verpfuschten* *Riksmål*, das der staatliche Sprachrat uns aufdrängen will, das aber das Volk ablehnt. Wir haben also leider *drei* Sprachen, zwei offizielle, zu denen wenige sich bekennen, und eine inoffizielle, die die gros-

se Mehrheit der Norweger gebraucht und die in allen Zeitungen, den meisten Büchern und im Theater zu finden ist.»

Was der norwegische Gewährsmann mir schrieb, deckt sich mit meinen eigenen Beobachtungen. Die Landflucht, das Gewicht der wachsenden Metropole Oslo und die Flut des Gedruckten haben das *Nynorsk* in die Verteidigung gedrängt. Seinen Höhepunkt hatte es im Jahre 1945 erreicht, als *Nynorsk* in 34% aller Schulen eingeführt war; heute ist diese Prozentzahl auf 16,3 zurückgegangen.

Die von Ivar Aasen eingeleitete Sprachplanung war gut gemeint und linguistisch gut untermauert, dass sie aber letzten Endes in eine *Triglossie* führen werde, hat sich vor 150 Jahren wohl niemand gedacht.

Arthur Baur

Was können wir für unser Schweizerdeutsch tun?

Der Vorstand des Bunds Schwyzertütsch tagte am 6. September in Olten. Er beschloss einen Druckkostenbeitrag an ein Arbeitsmittel für den *Mundartunterricht in der Schule*, über das nach Erscheinen an dieser Stelle referiert wird, und ferner einen Beitrag an den Reprint der *Luzernerdeutschen Grammatik* von Ludwig Fischer. Es wurde be-

schlossen, auf einen Vorschlag für eine *literarische Begegnung* auf Ballenberg 1991 einzutreten.

Der Vorstand wird sich an kommenden Sitzungen mit *Grundsatzfragen* über die künftige Arbeit des Bunds auseinandersetzen, um ein neues *Leitbild* zu entwerfen. Als ersten *Diskussionsbeitrag* nahm er die folgenden von zwei Vorstandsmitgliedern vorbereiteten Thesen entgegen, auf deren Behandlung in Olten aber aus Zeitmangel noch nicht eingegangen werden konnte. Der Entwurf dieses unverbindlichen Arbeitspapiers hat folgenden Wortlaut:

«1. Die Vereinigung setzt sich für den Gebrauch der Mundart im öffentlichen und kulturellen Leben ein und tritt zu diesem Zweck mit weiteren Körperschaften in Verbindung, deren Ziele zumindest in einem Teilbereich mit uns über-

einstimmen, z. B. Schweiz. Vereinigung für Volkskunde, Schweizerische Trachtenvereinigung, Schweiz. Vereinigung für das Volkstheater.

2. Sie nimmt insbesondere Einfluss

– auf die Presse, das Radio und das Fernsehen

– die Schule (Lehrpläne und Lehrmittel)

– die Behörden.

3. Sie tritt mit ihren Forderungen auch an die Öffentlichkeit.

4. Sie unterstützt, wo dies noch sinnvoll ist, die lokalen Mundarten und verfolgt mit einer positiven Einstellung die Entwicklung zu grösseren Sprachregionen.

5. Sie wirkt auf eine Anerkennung unserer *Diglossie* hin.

6. Sie fördert das Verständnis in der französisch- und italienisch-sprechenden Schweiz für unsere Mundarten. Zugleich unterstützt sie den Unterricht der beiden an-

Mundartkurse

Die Gruppen Züri und Zug führen auch in diesem Winter wieder Kurse für Anderssprachige durch, die Mundart lernen wollen. In der Volkshochschule des Kantons Zürich gibt Dr. Stephan Fuchs vom 26. Januar bis 9. März an sechs Abenden ein Kolloquium unter dem Titel «Ich ha halt kei richtige Dialäkt mee»; jeweils am Freitag von 19.30 bis 21.15 Uhr im Hauptgebäude der Universität.